



Schweizerischer Bankpersonalverband
Association suisse des employés de banque
Associazione svizzera degli impiegati di banca

Pressemitteilung

Bern, 25. Mai 2009

Restrukturierung bei der UBS: Die ernüchternden Lehren des Konsultationsverfahrens

Das Konsultationsverfahren wurde eingeführt, damit die Beschäftigten ihre Bedürfnisse, aber auch ihre Kompetenz im Rahmen von Betriebsrestrukturierungen geltend machen können (OR Art 335 f). Das Beispiel der UBS zeigt erneut, dass das Gesetz ungenügend greift. Nachdem die Personalkommission und die externen Sozialpartner - der Schweizerische Bankpersonalverband SBPV und der Kaufmännische Verband KV - mit grosser Mühe die Eckpfeiler des Konsultationsverfahrens durchsetzen konnten, müssen sie nun feststellen, dass ihre Vorschläge zur Minderung der Kündigungen grösstenteils nicht aufgenommen worden sind. Einzig die Kurzarbeit hat etwas Gehör gefunden. Es ist sehr enttäuschend.

1. Die Sozialpartnerschaft greift ungenügend

In diesem Konsultationsverfahren scheint zwar die Sozialpartnerschaft gespielt zu haben: Gespräche zwischen der Direktion der UBS und einer Vertretung der Beschäftigten fanden statt, die verlangten Informationen wurden geliefert, die Konsultationsfrist wurde verlängert, die Vorschläge der Sozialpartner wurden geprüft und die UBS begründete die Ablehnung jeder einzelnen Massnahme. Zudem gewährt der vor einem Jahr verhandelte und noch gültige Sozialplan Abgangsentschädigungen und Frühpensionierungsbedingungen, die eine gewisse soziale Abfederung verleihen.

Auch wenn das Konsultationsverfahren formell korrekt war, ist das Resultat enttäuschend. Leider können die Beschäftigten im Rahmen dieses gesetzlichen Verfahrens ihre Bedürfnisse nicht einmal teilweise durchsetzen. Der Arbeitgeber entscheidet letztendlich ohne jeglichen Rechenschaftszwang, auch nicht gegenüber dem Staat, der die soziale Last der einseitigen Entscheide des Unternehmens tragen muss.

Die Resignation, die jetzt bei der UBS herrscht, könnte sich in Demotivierung, Krankheit oder Wut wandeln.

Während des Konsultationsverfahrens wurden gewisse Weichen für eine starke und offene Sozialpartnerschaft gestellt. Waren dies Täuschungsmanöver oder ehrliche Bemühungen, die Sozialpartner endlich ernst zu nehmen?

2. Kurzarbeit auch in den Banken

Die UBS will prüfen, ob sie für das Rekrutierungscenter Kurzarbeit beantragen wird. Dies betrifft ungefähr 40 Personen. Es ist sehr wenig angesichts der angekündigten Kündigungen, aber es wäre ein grosser Schritt in der Bankenlandschaft, wo Kurzarbeit bis heute unbekannt war. Wir erwarten, dass wenigstens diese Massnahme durchgeführt wird. Sonst war wirklich das ganze Konsultationsverfahren eine Farce.

3. Das Konsultationsverfahren ist beendet, die Arbeit geht weiter

Gemäss ersten Informationen wären Frauen, Teilzeitbeschäftigte und niedrige Einkommen von den Restrukturierungsmassnahmen überproportional betroffen. Die Kleinen müssten wieder einmal büssen. Zum Beispiel bei den Benefits für die Direktionskader liegen noch viele Sparmöglichkeiten. So wird die nicht berufliche Unfallversicherung des höheren Kaderns voll vom Betrieb bezahlt. In der Überwachungskommission des Sozialplanes SOVIA haben die Personalkommission, der SBPV und der KV auf der Notwendigkeit einer Opfersymmetrie auf allen Hierarchiestufen insistiert. Diese Forderung wird aufrecht erhalten.

Die freiwillige Arbeitszeitreduktion ist noch nicht genügend bekannt und wird von den Verantwortlichen zu wenig gefördert. Dies sollte in den nächsten Wochen passieren. Zudem werden die Sozialpartner kontrollieren, ob die Arbeitszeitreduktionen tatsächlich dazu dienen, Kündigungen zu vermeiden.

Bei den Überstunden werden die Sozialpartner ebenfalls eine bessere Kontrolle verlangen. Es darf nicht gekündigt werden und gleichzeitig vom Personal erwartet werden, dass es bis zur Erschöpfung arbeitet.

4. Schlussfolgerung

Mit den Vorschlägen der Personalvertretung wäre es möglich gewesen, ohne Kündigungen Kosten zu sparen und mit einem neuen Geist, einer Kultur der Solidarität gegen innen und aussen, den Herausforderungen zu begegnen, vor denen die UBS und der ganze Finanzplatz Schweiz stehen. Die Sozialpartner hofften, das neue Management habe den Mut, solche Modelle zu wagen und eine gewisse Pionierrolle zu übernehmen. Dem war leider nicht so. Die UBS hat sich noch nicht geändert.

Denise Chervet
T 079 40 892 40